

Naziaktion am 3. November

Erbärmliches Versagen von SPD und Verwaltung - erschreckendes Agieren der Polizeitruppen

Es wird schwer werden, den Schaden wieder zu beheben. Von anderen Kommunen könnte man lernen

Augsburg, 11.11.2007. Die Demobilisierung der Augsburger SPD-Führung hatte eine Riesenwirkung. Wurden bei den letzten Naziaufmärschen im Februar und Dezember Tausende mobilisiert, die den Neofaschisten in vielfältiger Weise entgegentraten, so werden diesmal offiziell 300 aktive Antifaschisten genannt. Mag sein dass es mehr waren, weil sich die Auseinandersetzungen auf verschiedene Schauplätze verteilten und die Taktik von Polizei und Stadt eine geschlossene Gegenaktion gar nicht zuließen.

Demobilisierung

Wenige Tage vor der Naziaktion am 3. November verordnete Heinz Paula in einer Depesche an die Mitglieder und Freunde des Bündnisses für Menschenwürde:

Für den 3. November hat eine rechtsradikale Gruppierung erneut eine Kundgebung in Augsburg beantragt. Das Bündnis für Menschenwürde hat sich in Absprache mit der Stadt Augsburg und anderen Organisationen entschlossen, diesen Aufmarsch diesmal bewusst zu ignorieren und die Rechten ins Leere laufen zu lassen. Wir lassen sie „rechts“ liegen. So verhindern wir ein größeres Medienecho und damit auch eine erhöhte Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit. Wir appellieren an andere Organisationen gegen Rechts ebenso zu handeln.

Wir wollen uns auf langfristige Maßnahmen gegen Rechtsextremismus konzentrieren. Dazu entwerfen wir Konzepte und planen Veranstaltungen in thematischen Bereichen, wie z.B. Bildung, Kultur und Sport. Nur wenn die Öffentlichkeit für dieses Thema sensibilisiert wird und die Gefahren kennt, die von Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit für unsere Demokratie und unser friedliches Zusammenleben ausgehen, kann es gelingen, rechtsradikalem Gedankengut nachhaltig entgegenzuwirken.

Diese Taktik, die im Vorstand des Bündnisses gar nicht abgesprochen schien – Vorstandsmitglieder wie die Stadträtin Ulrike Bahr zeigten sich überrascht – führte zu einem echten Desaster. Es fehlten am vergangenen Samstag die Sozialdemokraten, die Parteimitglieder, die Anhänger, die Gewerkschaften. Es fehlten der Ausländerbeirat und die demokratische Öffentlichkeit in Gestalt von vielen Verbänden, die ansonsten, wenn die Stadt oder ein Bündnis für Augsburg aufrufen, kommen.

So blieb die Last der antifaschistischen Mobilisierung auf dem *Antifaschistischen Aktionsbündnis Augsburg AABA*. Hinzu kam die eigene Mobilisierung der Grünen, die sich leider aus Gründen der Profilierung im Kommunalwahlkampf diesmal nicht an den Vorbereitungen des AABA beteiligten. Sie haben sich in der Vorbereitung ihrer Aktion, den braunen Dreck aus der Stadt zu kehren, offensichtlich viel Mühe gegeben und beteiligten sich auch relativ zahlreich mit Migranten, Kindern, Stadträten an den Gegenaktionen. Es ist schon seltsam: während die Sozialdemokraten als frühere Arbeiterpartei zu Hause bleiben, verkleiden sich die Grünen als Arbeiter und nehmen teil.

Das Angebot der Stadt vom Februar dieses Jahres, in Zukunft ein breites Bündnis gegen Rechts anzustreben und mit *allen*, die das wollen, eine neue, effektive Strategie zu suchen, gilt wohl nicht mehr. Eine neue Strategie ist diesmal nicht gescheitert, sondern sie wurde gar nicht angestrebt. Es liegt keine Kooperationsbereitschaft von Seiten der Stadt vor. Die blamable und katastrophale Taktik der Stadt führt nicht zum Widerstand gegen den Rechtsextremismus sondern untergräbt den Widerstand: was herauskommt, sind Polizeifestspiele. Geheime Absprachen zwischen dem SPD-Vorsitzenden, dem Oberbürgermeister, dem Stadtdirektor und dem Ordnungsreferenten sind keine neue Strategie und können den dringend notwendigen runden Tisch nicht ersetzen.

Der Ordnungsreferent kommt nun in Bedrängnis und geht so weit, die Medien zu schelten, weil sie die Route der Neofaschisten durch die Innenstadt veröffentlicht hätten – oder die Grünen zu schelten, weil sie ihn rügen:

Es könne nicht hingenommen werden, dass vom Ordnungsamt der Stadt über das gesetzliche unvermeidliche Maß Nazidemonstrationen in der Friedensstadt Augsburg erlaubt werden, über viele Stunden durch die Stadt ziehen und ihr verbrecherisches Gedankengut verbreiten können.¹

Darauf Ordnungsreferent Kirchner:

Den Vorwurf an die Stadt, sie schaue weg, statt Zeichen zu setzen, will Kirchner nicht stehen lassen. Dies sei Aufgabe aller gesellschaftlichen Gruppen. Er frage sich schon, warum die Grünen nicht selbst eine Gegendemonstration organisierten.²

Der Ordnungsreferent sieht also *Aufgaben* bei *allen* gesellschaftlichen Gruppen – ganz nach der sozialdemokratischen Linie, den Schwerpunkt vom *Fördern* immer mehr auf das *Fordern* zu legen. Er fordert die Grünen zu einer *Gegendemonstration* auf – aber hätte er sie genehmigt? Und wenn, mit welchen Auflagen?...

Ein tolerantes Umfeld wäre in jeder Hinsicht vorteilhaft

Jedenfalls kommt der Vorwurf an die Stadt, sie schaue weg, statt Zeichen zu setzen, auch von bürgerlicher Seite, den Medien³, dem Einzelhandelsverband. Hier deutet sich eine interessante Entwicklung an. Das Gewerbe erleidet Geschäftsschädigung und protestiert.⁴ Ähnliche Proteste hatten wir vom Tourismusgewerbe in Mittenwald gegen Gebirgsjägertreffen.



Schon bei der Auftaktkundgebung der Neofaschisten am Prinzregentenplatz gegenüber dem ehemaligen Gestapohauptquartier traten ihnen die Demokraten massiv entgegen. Linus Förster, einer der wenigen sozialdemokratischen Politiker, die sich überhaupt sehen ließen, beobachtete die Proteste der Antifaschisten aus dem Hintergrund, ohne sich aktiv zu beteiligen. Irgendeine Bürgermeisterin oder ein Bürgermeister der Stadt waren weit und breit nicht zu sehen. Dafür sprangen dann Kinder ein.

¹ So der Sprecher der Augsburger Grünen, Holger Melzer, in einer Presseerklärung <http://www.neuerschwungfueraugsburg.de/putztruppe.html>

² aus dem Artikel der Augsburger Allgemeinen „Wegschauen ist der falsche Weg“ vom 6.11.2007

³ **Kommentar der Augsburger Allgemeinen: Neue Strategie geht nicht auf**

Auf dem Gerichtsweg lassen sich die Demonstrationen der Rechtsextremisten in Augsburg nicht verhindern. Dies hat die Stadt bereits erfahren müssen. Die Demokratie schützt gerade auch diejenigen, die sich am allerwenigsten mit der Demokratie anfreunden wollen. Deshalb muss der Protest auf anderer Ebene ausgetragen werden. Die Stadt hat bei der dritten Demo der Rechten innerhalb eines Jahres einen Strategiewechsel eingeleitet. Es gab keine Gegendemonstration. Doch dieses Vorgehen hat nichts gebracht. Das Ignorieren der Rechtsextremisten, so wie dies die Rathaus-Politiker wollten, funktioniert nicht, weil die Teilnehmer der Demo – wie am Samstag geschehen – mehrere Stunden lang das Stadtbild prägten. Wenn Rechte ihre Parolen grölen und Kundgebungen an zentralen Orten abhalten, ist Widerspruch notwendig. Die Verantwortlichen der Stadt haben es verpasst, ein Zeichen gegen Rechts zu setzen.

Augsburger Allgemeine 5.11.2007

⁴ s. Fußnote 2

Inzwischen wird der Faktor *Toleranz* auch in Unternehmerkreisen und im Stadtmarketing sehr hoch bewertet. Aus den USA kommt eine Wirtschaftstheorie, dass Toleranz und Offenheit gegenüber ethnisch-kultureller Vielfalt entscheidende Wachstumsfaktoren für Metropolen der Zukunft sind. Zum Teil kursiert diese These auch als TTT-Theorie: *Technologie – Talent – Toleranz*. Wir zitieren in diesem Zusammenhang aus einem Aufsatz, der unter dem Titel „Standortfaktor Toleranz“ die Theorie des US-amerikanischen Wirtschaftswissenschaftlers Richard Florida behandelt:

Wissen und Kreativität werden somit zu den relevantesten Wachstumsressourcen und Produktivkräften der Zukunft. Kreatives Handeln und innovatives Schaffen entfalten sich nach Florida dort besonders gut, wo ein Klima der Offenheit für neue Ideen und Einflüsse für Anders- und Gleichdenkende sowie ein positiver und produktiver Umgang mit unterschiedlichen Sichtweisen und Fähigkeiten herrscht. Kreative, so Florida, arbeiten daher am Besten in einem Milieu der Vielfalt unterschiedlicher Ethnien, Kulturen und Subkulturen, sowie Lebens- und Arbeitsformen, in denen ein hohes Maß an motivierendem Wissensaustausch stattfindet. Wechselseitige Toleranz, Anerkennung und Respekt sowie ein diskriminierungsfreies Stadtklima mit einem lebendigen Streetlife gelten als Grundvoraussetzung dafür, dass sich Individualität und Selbstentfaltung überhaupt erst entwickeln können und der notwendige Freiraum für Inspiration und kreative Stimulanz durch eine positive Wertschätzung von Heterogenität entstehen kann. Kreativität und die Offenheit für „das Andere“ und „das Fremde“ bedingen sich laut Florida gegenseitig.⁵

Mag sein dass diese Theorie noch nicht bis zum Wirtschaftsdirektor der Stadt Augsburg Karl Bayerle vorgedrungen ist – in Städten wie München, Hamburg und Berlin wird sie bereits in den Institutionen kommunaler Wirtschaftsförderung diskutiert. Mag auch sein, dass die Einzelhändler der Augsburger Innenstadt ihren Protest noch nicht so prinzipiell verstehen. Dennoch ist es hochinteressant, dass es auch von Unternehmerseite ein Potential zu geben scheint, das sich tendenziell gegen Rechtsextremismus richtet, nicht nur innerbetrieblich – das ist ja bekannt – sondern auch außerbetrieblich.

Das „gesetzlich unvermeidliche Maß“



Die Grünen sprechen das „gesetzlich unvermeidliche Maß“ an, was Nazis erlaubt werden müsse und werfen dem Ordnungsamt vor, darüber hinaus gegangen zu sein. Diese Streitfrage muss tatsächlich geklärt werden, obwohl das bei der geltenden Rechtslage schwierig ist und nicht nur rein *juristisch* geklärt werden kann. Denn auch die Stärke des *politischen* Widerstands, auf den sich die Stadt stützen kann, ist in diesem Zusammenhang erfahrungsgemäß maßgeblich. Und auch die *Begründung* von Auflagen und Verboten ist wichtig, denn politische, inhaltliche Begründungen mobilisieren und tragen langfristig auch dazu bei, eine andere Rechtsprechung und Rechtslage zu erreichen.

Das Ordnungsreferat unter Kirchner⁶ scheint notorisch politisch-inhaltlichen Begründungen auszuweichen. Zu mehr als dem Argument, dass vielleicht die Feuerwehr nicht mehr durchkommt, wenn Nazis in der Innenstadt marschieren, reicht es im Ordnungsamt wohl nicht – um es mal etwas überspitzt zu sagen. Schon im Jahre 2005 hat das Forum und die VVN eine Reihe von Vorschlägen an das Bündnis für Menschenwürde und die Stadt gerichtet, die in einem Positionspapier *Kommune gegen Rechts* zusammengefasst sind.⁷ Diese Vorschläge wurden vom Bündnis für Menschenwürde nicht weiterbehandelt und von der Stadt gab es keine Antwort hierzu.

Von der Grünen Landtagsabgeordneten Kamm liegt jetzt ein ausgezeichnete offener Brief an den Ordnungsreferenten Kirchner vor (s. unten *Anhang I*). Daraus geht der Eindruck hervor, dass die Stadt Augsburg den Neofaschisten

⁵ <http://www.migration-boell.de/downloads/diversity/StandortfaktorToleranz.pdf>

⁶ Unter der Menacher-Regierung war das natürlich das gleiche

⁷ http://www.forumaugsburg.de/s_2kommunal/Gegenrechts/051110_kommune-gegen-rechts/index.htm

„weitaus“ mehr entgegenkomme als andere Städte und demokratische Veranstalter gegenüber den Neofaschisten zurücksetze. Konkret führt Christine Kamm u.a. an, dass die Stadt den Nazis sogar die Gleisanlagen am Königsplatz zur Verfügung stellte und damit den Öffentlichen Nahverkehr zugunsten der Faschisten einstellte (ein Novum in dieser Stadt!). Ferner wird der unsensible Umgang mit der Geschichte angesprochen, z.B. die Genehmigung von „Anfangs- und Schlusskundgebung am Ort des ehemaligen Gestapohauptquartiers am Prinzregentenplatz“ oder auch die „Genehmigung eines ungewöhnlich langen Demonstrationsverlaufs, offenbar ohne jegliche zeitliche Begrenzung, mit der Folge lang andauernder erheblicher Behinderungen für das zivile Leben in unserer Stadt“.

Zu Recht schreibt Christine Kamm auch:

Für nicht vereinbar mit unserer Verfassung und nicht vereinbar mit dem Versammlungsrecht halte ich auch die Praxis der Stadt Augsburg, andere Kundgebungen entweder nicht zuzulassen oder auf andere periphere Standorte abzudrängen, nur weil die NPD für diesen Tag eine Veranstaltung an nahezu allen Orten dieser Stadt vor geraumer Zeit angemeldet hat.

Eine Flut von Kritik an Stadtverwaltung und Polizei

Wir können hier nicht alle Kritikpunkte, die jetzt in einer ganzen Flut auf die Stadt zukommen, erwähnen. Wir verweisen an dieser Stelle besonders auf den Offener Brief der VVN an den OB⁸ und die Presseerklärung des AABA⁹ sowie die Berichterstattung auf der Webseite der VVN.¹⁰ Auch im Internet-Forum der Augsburgers Allgemeinen¹¹ tobt die Kritik an der Stadt und werden zahllose, skandalöse Fakten auch über das Verhalten der Polizei genannt. Inzwischen gelangen auch ausgezeichnete Stellungnahmen und Berichte von Linken als Leserbriefe in die Augsburgers Allgemeine.¹²

Die Stadtzeitung schließt sich der Kritik gar im redaktionellen Teil an:

Dreimal haben diese Aufmärsche samt Gegendemonstrationen den Verkehr behindert und den samstäglichen Bummel in der Innenstadt aufgeschreckt, diesmal auch noch durch den andauernden Lärm eines über den Dächern kreisenden Polizeihubschraubers.

Dreimal hat die Polizei die Innenstadt mit einem Riesenaufgebot in teils schwerer Kampfmontur besetzt. Dreimal haben Menschen, die nirgendwo mehr durchkamen, in ihre Handys gerufen: „Unglaublich, hier ist überall Polizei!“ Wie viel Steuergelder das jedes Mal gekostet hat, mag sich jeder selbst ausmalen.¹³

Der Autor seinerseits will hier nur zwei Punkte anfügen. Von einer 15-jährigen Schülerin wurde ihm berichtet, dass es ihr nicht möglich war, an der Kundgebung des AABA an der Wertachbrücke teilzunehmen, da die Polizei Zugang nur nach Ausweiskontrolle erlaubte. Einen Personalausweis bekommt man aber erst mit 16 Jahren: eine nicht hinnehmbare Einschränkung des Versammlungsrechts durch die Polizei!

Von einem Passanten am Stadttheater wurde dem Autor berichtet, dass er Zeuge von Jagdszenen der Polizei auf antifaschistische DemonstrantInnen am Prinzregentenplatz geworden sei und deshalb die ganze Aktion verfolgen wolle, um zu sehen „was von der Demokratie noch übrig bleibt“.

Es geht auch anders: lernt von Günzburg

Die Stadtzeitung hat gute journalistische Arbeit gemacht und bei ihren Recherchen erfahren, dass die Pressesprecherin der Stadt Augsburg die offizielle Linie der Stadt offensichtlich auch nicht teilt:

[...] die Stadt könnte etwas mehr Kreativität an den Tag legen. Wie eine andere Stadt, in der Elisabeth Rosenkranz, die Pressesprecherin der Stadt Augsburg, einmal gearbeitet hat. Sie erzählt, wie die angereisten Nazis dort aus dem Zug gestiegen sind und nicht einmal die Treppe vom Bahnsteig hoch kamen, weil Bürger den Bahnhof überschwemmt hatten – die Polizei konnte

⁸ http://www.vvn-augsburg.de/2_archiv/20071103naziaufmarsch/offern_brief.pdf

⁹ <http://de.indymedia.org/2007/11/198451.shtml>

¹⁰ http://www.vvn-augsburg.de/2_archiv/20071103naziaufmarsch/index.htm

¹¹ <http://www.community.augsburger-allgemeine.de/forum/showthread.php?t=2269>

¹² z.B. Augsburgers Allgemeine 8.11.2007

¹³ Stadtzeitung 7.11.2007

ihn schließlich nicht einfach abriegeln. Im Gegenteil: Die Polizisten ordneten an, dass die Nazis noch auf der Treppe ihre stahlkappenbewehrten Springerstiefel auszuziehen hätten, da diese als Waffen galten. Da standen sie dann, die Nazis, belämmert und mit Löchern in den Socken, bis sie unverrichteter Dinge wieder heimfahren mussten.¹⁴

Sicher handelte es sich bei dem Beispiel der Pressesprecherin um eine kleinere Stadt, mit einem kleinen Bahnhof, ev. um Freiburg, Mindelheim oder Bad Wörishofen. Den Augsburger Hauptbahnhof zu „überschwemmen“ ist vielleicht nicht so einfach. Aber die Stadt Augsburg könnte sich ein Beispiel an Günzburg nehmen. Hier scheint der Bürgermeister, sein Stellvertreter und der gesamte Stadtrat mit erstaunlicher Konsequenz zu agieren. Wir haben der Online-Ausgabe der Günzburger Zeitung, einer Regionalausgabe der Augsburger Allgemeinen einige Passagen entnommen und unten im *Anhang 2* abgedruckt. An dieser Stelle wollen wir nur einige grundsätzliche Positionen des Günzburger Bürgermeisters Jauernig (SPD) zitieren, weil solche Positionen Wengert und Kirchner auch ganz gut anständen:

„In Günzburg sind derartige Veranstaltungen nicht gewünscht, weil sich die Stadt in den zurückliegenden Jahren und Jahrzehnten immer wieder mit dem Schatten Josef Mengeles (ehemaliger KZ-Arzt, d. Red.) auseinander setzen musste und dies auch bewusst aktiv tat“, so Jauernig.

Auch wenn die NPD in einem förmlichen Verfahren vom Bundesverfassungsgericht noch nicht als verfassungswidrig eingestuft worden sei, glaubt der Rathauschef, dass die Partei und das Verhalten ihrer Anhänger darauf ausgerichtet sei, die freiheitliche demokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland zu beeinträchtigen. Aussagen von verschiedenen Parteifunktionären würden dies vielfach belegen. Jauernig: „Wir wollen in Günzburg keine Veranstaltung einer rechtsextremen Partei, schon gar nicht vor dem Hintergrund der historischen Erfahrung, der sich die Stadt in den zurückliegenden Jahrzehnten aktiv stellte.“

Jauernig zur GZ: „Eine Partei, deren Vertreter oft menschenverachtende Thesen verbreiten, Fremdenfeindlichkeit schüren und Einzelne sogar den Holocaust leugnen, hat in unserem Günzburg nichts zu suchen.“

In der Auseinandersetzung mit der NPD, die sich seit Monaten hinzieht, findet nun am 19. November vor dem Verwaltungsgericht in Augsburg eine mündliche Verhandlung statt. Der Günzburger Stadtrat zieht sich nicht auf die Position zurück, ein Verbot der NPD sei nötig, aber vorher könne man juristisch nichts ausrichten. So aber lautet etwa der Tenor aus dem Augsburger Rathaus. Wir wollen mit den Günzburgern dagegen halten: nur mit solchen kommunalen Positionen und Maßnahmen, wie wir sie aus Günzburg vernehmen, läßt sich ein Verbot der NPD vorbereiten, nur so kann man überhaupt das politische Klima schaffen, um die Einleitung eines Verbotsverfahrens zu bewirken.

Es scheint also tatsächlich so zu sein, dass es eine ganze Reihe von formalen und politischen Möglichkeiten gibt, die die Stadt einfach nicht wahrnimmt. Man fragt sich nun, wieso kam die SPD und die Stadtspitze zu einer solchen Fehleinschätzung? Streng genommen zeichnete sich das schon vorher ab, nämlich im Kommunalwahlprogramm der Augsburger SPD, das weder Rechtsextremismus noch Rechtsextreme kennt und damit für den antifaschistischen Kampf praktisch wertlos ist. Dieses Programm ist von Delegierten verabschiedet worden, die diese gähnende Lücke übersahen. Das an sich ist schon ein kleiner Skandal und bleibt – wie man jetzt sieht – nicht ohne Folgen. Erstaunlicher Weise sieht es auf Bundesebene besser aus.

„Wirksam handeln gegen Rechtsextremismus“ - eine beachtliche Entschließung des SPD-Parteitags

Aus dem Beschluss des Hamburger SPD-Parteitags „Demokratie stärken. Gewalt bekämpfen. Wirksam handeln gegen Rechtsextremismus.“ vom 26.10.2007 geht hervor, dass die SPD-Mitglieder sich selbst massiv bedroht sehen durch die NPD, spätestens seit den vergangenen Landtagswahlkämpfen in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern. Die SPD hat allen Grund, sich für ein NPD-Verbot einzusetzen und tut dies auch ganz entschieden. Nicht so entschieden verhält sich die SPD zum Problem der Spitzel in der NPD, deren wenigstens vorübergehender Abzug aus der NPD nötig wäre, um ein erneutes Scheitern eines Verbotsverfahrens zu verhindern. Auch die Innenminister

¹⁴ Stadtzeitung ebd.

der Länder müssten hierzu auf Linie gebracht werden. Dazu sagt die SPD in ihrer EntschlieÙung leider nichts. Die entscheidende Passage lautet:

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben keinen Zweifel, dass die NPD eine aggressivkämpferische Grundhaltung gegenüber unserer freiheitlichdemokratischen Grundordnung hat. Deshalb muss die NPD verboten werden. Wir sehen nicht tatenlos zu, wie die NPD mit Steuergeldern ihre menschenfeindlichen Aktivitäten vorantreibt.

Wir fordern Bundestag, Bundesregierung und Bundesrat auf, einen Fahrplan für ein Verbot der NPD zu erarbeiten. Die SPD-Bundestagsfraktion wird gebeten, hierzu die Initiative zu ergreifen.

Leider hat die SPD geschlossen mit allen anderen Fraktionen einen Antrag der LINKEN im Bundestag abgelehnt, der die Abschaltung der V-Leute in der NPD forderte um eine ernsthafte Debatte über ein neues Verbotsverfahren zu ermöglichen.¹⁵

Dennoch ist die EntschlieÙung vom Hamburger Bundesparteitag der SPD in vielerlei Hinsicht wertvoll.¹⁶ Ganz besonders sollte sich die Augsburg SPD, besonders deren Vorsitzender Heinz Paula, die folgende Passage aus ihrer eigenen Hamburger EntschlieÙung zu Herzen nehmen:

Bekämpfen statt verschweigen. Sechzig Jahre nach Auschwitz haben wir es in Deutschland – wie auch all die Jahre und Jahrzehnte davor – mit Neonazis und Rechtsextremismus zu tun. Diese gesellschaftliche Wirklichkeit ändert sich nicht, wenn sie verschwiegen wird. Deshalb ist es umso wichtiger, eine breite gesellschaftspolitische Offensive gegen den Rechtsextremismus zu starten und Ross und Reiter beim Namen zu nennen. Der Rechtsextremismus muss mit allen zur Verfügung stehenden rechtsstaatlichen und demokratischen Mitteln bekämpft werden.

Es ist nämlich so, dass der sozialdemokratische Ordnungsreferent tatsächlich die Aktion und die Route der Neofaschisten geheim halten wollte. An anderer Stelle der SPD-EntschlieÙung heißt es: „Die Medien dürfen den Rechtsextremismus nicht totschweigen.“ – Genau das wollte aber Klaus Kirchner von den örtlichen Medien.

Andere Punkte aus der EntschlieÙung des SPD-Bundesparteitags könnten ebenfalls unmittelbar auf die Augsburg Verhältnisse angewandt werden:

[...] Da sind die Bürgerinnen und Bürger vor Ort gefordert, mit Kreativität und Vielfalt friedlich gegen das braune Treiben anzutreten. Wir unterstützen dieses Engagement. Wir treten Versuchen entgegen, friedliches Engagement insbesondere Jugendlicher gegen Rassismus und Rechtsextremismus pauschal und undifferenziert zu kriminalisieren. [...]

Die Polizeien von Bund und Länder müssen für eine Null-Toleranz-Strategie gegen Rechtsextremismus sensibilisiert und qualifiziert werden. [...]

Die Innenminister und Senatoren der Länder sollen den Kommunen Handlungshilfen in der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus, insbesondere bei der Handhabung des Versammlungsrechts anbieten. Die Kommunen sind aufgerufen, den Spielraum des Versammlungsrechts zur Verhinderung von Naziaufmärschen konsequent auszuschöpfen.

Kommunale Verantwortungsträger dürfen vor rechtsextremistischen Umtrieben in ihren Gemeinden nicht die Augen verschließen. [...]

So begrüßenswert das Engagement der Augsburg Grünen und ihrer Landtagsabgeordneten ist, müssen wir doch festhalten: Auch die Grünen haben im Bundestag zusammen mit der SPD den Antrag der LINKEN auf Abzug der Spitzel aus der NPD abgelehnt. Vor allem aber: Es ist Beschlusslage bei

¹⁵ Antrag der LINKEN „V-Leute in der NPD abschalten“ Drs. 16/4631

¹⁶ Aus der lesenswerten EntschlieÙung vom SPD-Bundesparteitag geht u.a. hervor, dass die CDU versucht hat, aus den staatlichen Programmen gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit Millionen von Fördergeldern abzuzweigen für den „Kampf gegen Islamismus und Linksextremismus“ – was von der SPD verhindert worden sei. Die SPD hat ferner erstmals die Mitgliedschaft in der Burschenschaftlichen Gemeinschaft grundsätzlich als unvereinbar mit der Mitgliedschaft in der SPD erklärt sowie einen gesonderten Beschluss gefasst: „Den Ausstieg aus der rechten Szene fördern“.

http://parteitag.spd.de/servlet/PB/show/1731319/B%DC%2B04%2B_%2BI1%2BDemokratie%2Bst%E4rken.pdf



Harald Munding von der VVN spricht auf der Gegendkundgebung des AABA an der Wertachbrücke in Oberhausen. Er erinnerte daran, dass es hier bereits 1919 Kämpfe zwischen Freikorps und Arbeitern gab, die die letzte Linie der Räterepublik verteidigten. 1933 führten SS und SA eine groß angelegte Razzia in der Wertach-Vorstadt durch, dem Arbeiterviertel mit dem geringsten Anteil an NSDAP-Wählern.

den Grünen, „ein erneutes NPD-Verbotsverfahren zum jetzigen Zeitpunkt ab[zulehnen, d. Verf.]“.¹⁷ Das sind keine guten Voraussetzungen, um die NPD und ähnliche Organisationen ernsthaft zu bekämpfen. Um es mal salopp zu sagen: da können die örtlichen Grünen lange kehren.

OB Wengert verteidigt „Strategie“ von SPD und Stadt

In einer Pressemitteilung (s.u. *Anhang 3*) sagt der OB, es sei nicht Aufgabe der Stadtverwaltung, Gegendemonstrationen oder -kundgebungen zu organisieren – „das dürfen wir als Verwaltung gar nicht“. Im Februar dieses Jahres hatte aber die Stadt z.B. in großformatigen Anzeigen in der örtlichen Presse sehr wohl zu einem Aktionstag auf dem Martin-Luther-Platz aufgerufen. Die Stadt wolle zusammen mit dem Bündnis für Menschenwürde ein Zeichen setzen, hieß es in der Anzeige. Die Anzeige

mit dem Aufruf aber war ganz offiziell von der Stadt Augsburg selbst.¹⁸ Also im Februar hat die Verwaltung genau das noch gedurft, was sie jetzt nicht zu dürfen behauptet. Im Vorfeld des 24. Februar 2007 erwirkte der OB auch eine Stadtratsresolution gegen die Rechtsextremen. Was hat ihn gehindert, dies auch jetzt zu tun?

Weiter der OB: „Zu der Nazi-Demonstration am Wochenende habe es von keiner demokratischen Kraft einen Aufruf für eine Gegenveranstaltung gegeben. Die Stadt sei jedenfalls für Kritik die falsche Adresse.“ – Tatsächlich hat es vom Antifaschistischen Aktionsbündnis AABA einen Aufruf für eine Gegendkundgebung gegeben. Aber in den Augen des OB ist das AABA anscheinend keine *demokratische Kraft*.

Es geht noch weiter:

Der Oberbürgermeister dankt der Polizei für ihren Einsatz am vergangenen Wochenende: Auf die Anzahl der Einsatzkräfte hat die Stadt keinen Einfluss. Festzuhalten bleibt, dass gewährleistet wurde, dass es trotz Gegendemonstrationen von linken autonomen Gruppen zu keinen Ausschreitungen gekommen ist. Auch das sei Ausdruck einer wehrhaften Demokratie, die eben nicht wegsieht.

Den Parteitagbeschluss der SPD hat der OB wohl falsch verstanden. Alle gesellschaftlichen Kräfte sollen sich den Aufmärschen der Rechtsextremen entgegenstellen. Das in den Medien so gerne verbreitete Bild einer angeblich „gewaltbereiten linken Szene“ herzunehmen, um den überzogenen Polizeieinsatz zu rechtfertigen, passt nicht.

¹⁷ Kleiner Parteitag der Grünen 14.4.2007 Bremen: Der Leitantrag des Vorstands zu Rechtsextremismus äußert sich nicht zur Frage des NPD-Verbots. Ein Änderungsantrag spricht sich gegen ein NPD-Verbot aus. Dieser Antrag wird sinngemäß in den Leitantrag aufgenommen: Im Beschluss heißt es dann: „Verbote sind in diesem Stadium nicht durchsetzbar und kontraproduktiv! Deshalb lehnen wir ein erneutes NPD-Verbotsverfahren zum jetzigen Zeitpunkt ab. Rechtsextreme Einstellungen, Gewalt und Propaganda werden nicht allein durch Verbote abgeschafft.“

¹⁸ http://www.forumaugsburg.de/s_3themen/Antifa/070318_bombennacht/artikel.pdf

Ein Oberbürgermeister, der als einer der Erstunterzeichner die NPD-Verbotskampagne unterstützte, sollte konsequent sein und sich mit allen anderen gesellschaftlichen Kräften dem Aufmarsch rechtsextremer Gruppierungen entgegenstellen. Lahme Rechtfertigungserklärungen für eine offensichtlich fehlgeschlagene „Strategie“ holt das Kind auch nicht mehr aus dem Brunnen, in den es gefallen ist. Dazu erging zuletzt auch ein offener Brief von engagierten TeilnehmerInnen der Gegenaktionen an den OB (s.u. *Anhang 4*). Darin heißt es am Schluss:

Warum Sie im Gegensatz zu Ihrer unglücklichen Pressemitteilung nicht auf die Idee gekommen sind, für die gegen den erneuten Naziaufmarsch friedlich demonstrierenden und davon betroffenen Menschen Verständnis aufzubringen oder sich bei ihnen im Namen der Stadt Augsburg wenigstens im Nachhinein zu entschuldigen, bleibt uns unverständlich.

Peter Feininger

Anhang 1

Die Abgeordnete des Bayerischen Landtags Christine Kamm schreibt an
Bürgermeister Klaus Kirchner

Offener Brief zur Demonstration der Rechtsradikalen am 3. November

München/Augsburg, 05.11.07

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

mit Unverständnis habe ich heute wieder zu Kenntnis nehmen müssen, dass die Genehmigungsaufgaben für die Veranstalter der heutigen wie der letzten NPD-Demonstration ungewöhnlich großzügig waren und andere Belange bei der Genehmigung bedauerlicherweise unberücksichtigt blieben. Man hat nicht nur den Eindruck bekommen, dass hier die Stadt Augsburg den Wünschen der NPD-Veranstalter weitaus mehr entgegengekommen ist, als dies in anderen Städten der Fall ist (diese Einschätzung teilten auch Einsatzbeamte der Bereitschaftspolizei), sondern unverständlicher Weise auch, dass die Auflagen für andere Demonstrationen in Augsburg (letztes Beispiel Demonstration gegen Studiengebühren) wesentlich restriktiver sind, als die Auflagen für eine Demonstration der NPD oder ihrer Tarnorganisationen.

Unverständlich an der Genehmigung des Umzugs heute sind mir insbesondere folgende Punkte:

- Gestattung einer Kundgebung am Königsplatz direkt beim Gleisdreieck, mit der Folge, dass diesen zentralen Umsteigepunkt über eine halbe Stunde keine Bahnen und Busse anfahren konnten und keine Tramkunden zu ihren Haltestellen gelangen konnten. Mir begegnete eine ältere Dame, die auf eine Gehhilfe angewiesen war, nicht lang stehen konnte und keinen Bahnsteig erreichen konnte. Ich habe bei den unterschiedlichen Demonstrationen im sozialen oder ökologischen Bereich noch nie erlebt, dass die Haltestellen am Königsplatz blockiert wurden und sogar werden durften.
- Unsensibler Umgang mit der Geschichte des Nazi-Regimes in unserer Stadt, beispielsweise Gestattung der Anfangs- und Schlusskundgebung am Ort des ehemaligen Gestapo-hauptquartiers am Prinzregentenplatz,
- Genehmigung eines ungewöhnlich langen Demonstrationsverlaufs, offenbar ohne jegliche zeitliche Begrenzung, mit der Folge lang andauernder erheblicher Behinderungen für das zivile Leben in unserer Stadt. Nicht nur der Verkehr, auch der Fußgängerverkehr wurden vielfach für längere Zeiten blockiert, da stets nicht nur der Straßenbereich für die etwa 100 Durchziehenden – der Kundgebungswagen kam aus Kassel – sondern auch beidseits die Gehsteige, für längere Zeiträume abgesperrt wurden.

Für nicht vereinbar mit unsere Verfassung und nicht vereinbar mit dem Versammlungsrecht halte ich auch die Praxis der Stadt Augsburg, andere Kundgebungen entweder nicht zuzulassen oder auf andere periphere Standorte abzurängen, nur weil die NPD für diesen Tag eine Veranstaltung an nahezu allen Orten dieser Stadt vor geraumer Zeit angemeldet hat. Andere Städte versuchen das Versammlungsrecht aller Gruppen sicherzustellen, indem sie entweder zentrale Plätze zu verschiedenen Uhrzeiten unterschiedlichen Gruppen zur Verfügung stellen oder die zentralen Plätze gleichberechtigt auf alle Gruppierungen, die an diesem Tag eine Veranstaltung durchführen wollen, verteilen.

Die Situation, dass 100 NPD-Demonstranten einen Tag lang eine ganze Stadt blockieren können, nur weil jemand vor geraumer Zeit mal eine Kundgebung an allen Plätzen dieser Stadt angemeldet hat, gibt es in dieser Form in anderen Städten nicht und macht Augsburg als Kundgebungsort für die NPD besonders interessant. Vielleicht wäre es hilfreich, die Erfahrungen anderer Städte mit häufigen Kundgebungen Rechtsradikaler auszuwerten.

Mit freundlichen Grüßen

Christine Kamm

<http://www.christine-kamm.de/kirchner031107.pdf>

Anhang 2

Die Stadt Günzburg verweigert der NPD hartnäckig das Forum am Hofgarten für eine Parteiveranstaltung

Presseauszüge aus der Günzburger Zeitung

Günzburg (alk) - Heftig diskutiert wird seit Tagen die Frage, ob die Stadt Günzburg dem NPD-Kreisverband ihr Forum am Hofgarten für eine Parteiveranstaltung zur Verfügung stellen soll oder nicht. Im Rathaus hatte man der NPD dies versagt, worauf diese juristische Schritte einleitete (wir berichteten). Am 19. November findet nun vor dem Verwaltungsgericht in Augsburg eine mündliche Verhandlung statt. [...]

Bei der Diskussion zu Wort gemeldet hat sich auch Stadträtin Gabriele Ritzler. Die SPD-Frau findet es bedauerlich, dass die NPD bis heute noch nicht verboten wurde. „Für den Fall, dass das Verwaltungsgericht den Stadtratsbeschluss außer Kraft setzt und die Stadt Günzburg per Gerichtbeschluss das Forum den Extremisten vermieten muss, schlage ich Folgendes vor: Die Einnahmen aus NPD-Veranstaltungen werden zur Förderung und Pflege der Synagoge Ichenhausen und zur Renovierung und Erhaltung des jüdischen Friedhofs zur Verfügung gestellt“, schreibt Gabriele Ritzler in einem Brief an unsere Redaktion.

Diskutieren Sie in unserem Internet-Forum mit. Die Adresse lautet: guenzburger-zeitung.de/forum. Klicken Sie dann auf „Themen des Tages“.

Günzburger Zeitung 05.11.07

http://www.augsburger-allgemeine.de/Home/Lokales/Guenzburg/Uebersicht/Artikel_Forum-f%FCr-NPD-%F6ffnen-Hei%DFe-Diskussionen_arid.1064024_regid.2_puid.2_pageid.4497.html

Wie berichtet, trat der NPD-Vorsitzende des Kreisverbandes Neu-Ulm/Günzburg, Stefan Winkler, im März an die Günzburger Stadtverwaltung heran und bat darum, ihm freie Termine an Samstagen und Sonntagen im Juni oder Juli zu benennen, um im Forum am Hofgarten eine Parteiveranstaltung durchzuführen. OB Jauernig informierte umgehend den Stadtrat. Er stellte klar, dass er nicht beabsichtige, der NPD die Räumlichkeiten zur Verfügung zu stellen.

Auch wenn die NPD in einem förmlichen Verfahren vom Bundesverfassungsgericht noch nicht als verfassungswidrig eingestuft worden ist, glaubt der Rathauschef, dass die Partei und das Verhalten ihrer Anhänger darauf ausgerichtet sei, die freiheitliche demokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland zu beeinträchtigen. Aussagen von verschiedenen Parteifunktionären würden dies vielfach belegen. Jauernig: „Wir wollen in Günzburg keine Veranstaltung einer rechtsextremen Partei, schon gar nicht vor dem Hintergrund der historischen Erfahrung, der sich die Stadt in den zurückliegenden Jahrzehnten aktiv stellte.“

In Günzburg seien derartige Veranstaltungen nicht gewünscht, weil sich die Kommune in den zurückliegenden Jahren und Jahrzehnten immer wieder mit dem Schatten des ehemaligen KZ-Arztes Josef Mengeles auseinander setzen musste und dies auch bewusst aktiv getan habe, so Jauernig. Dies sei ein weiterer Grund, warum mit einem besonderen Konfrontations-Potenzial zu rechnen sei, falls in Günzburg eine rechtsextreme Parteiveranstaltung abgehalten werden würde.

Der Stadtrat hatte im März diese ablehnende Haltung des OBs ausdrücklich begrüßt und einstimmig unterstützt. Anschließend wurde dem Kreisvorsitzenden der NPD ein Schreiben des Rathauses zugestellt, aus dem hervorgeht, dass die Stadt Günzburg ihr Forum am Hofgarten für eine Veranstaltung der NPD nicht zur Verfügung stellen will. Jauernig damals zur GZ: „Eine Partei, deren Vertreter oft menschenverachtende Thesen verbreiten, Fremdenfeindlichkeit schüren und Einzelne sogar den Holocaust leugnen, hat in unserem Günzburg nichts zu suchen.“

Die NPD ging dagegen juristisch vor. Aus diesem Grund kommt es nun am Montag, 19. November, um 9.30 Uhr vor der 7. Kammer des Verwaltungsgerichts Augsburg zu einer mündlichen Verhandlung. Dabei geht es um die „Benutzung einer öffentlichen Einrichtung.“

Für den Fall, dass es der NPD gelingt, sich in Günzburg einzuklagen, hat die SPD-Vorsitzende Simone Riemenschneider „ein breites Bündnis aller demokratischen Parteien, Gewerkschaften, Kirchen und Organisationen“ angekündigt. Dieses Bündnis müsse und werde in geeigneter Form gemeinsam deutlich machen, „was wir von einem Auftritt der politisch ewig Gestrigen in Günzburg halten“.

Günzburger Zeitung 1.11.2007

http://www.augsburger-allgemeine.de/Home/Lokales/Guenzburg/Uebersicht/Artikel,Extremisten-wollen-sich-ins-Forum-einklagen_arid.1061820_regid.2_puid.2_pageid.4497.html

Normalerweise freuen sich die Verantwortlichen im Rathaus darüber, wenn jemand das Forum am Hofgarten mieten will. In diesem Fall ist das völlig anders. Vor wenigen Tagen trat der NPD-Vorsitzende des Kreisverbandes Neu-Ulm/Günzburg, Stefan Winkler, an die Günzburger Stadtverwaltung heran und bat darum, ihm freie Termine an Samstagen und Sonntagen im Juni oder Juli zu benennen, um im Forum am Hofgarten eine Parteiveranstaltung durchzuführen. Diese Nachricht schlug ein wie eine Bombe, erfuhr die GZ.

Oberbürgermeister Gerhard Jauernig informierte umgehend den Stadtrat über diesen Antrag. Er stellte nach unseren Informationen klar, dass er nicht beabsichtige, der NPD die Räumlichkeiten zur Verfügung zu stellen.

Im nichtöffentlichen Teil der Stadtratssitzung am Montag begründete Jauernig seine ablehnende

Haltung unter anderem damit, dass durch Aussagen von Verantwortlichen und Funktionären der NPD immer wieder neu belegt werde, dass diese Partei rechtsextreme Ziele verfolge.

Auf Anfrage der GZ bestätigte der Rathauschef dies. „In Günzburg sind derartige Veranstaltungen nicht gewünscht, weil sich die Stadt in den zurückliegenden Jahren und Jahrzehnten immer wieder mit dem Schatten Josef Mengeles (ehemaliger KZ-Arzt, d. Red.) auseinander setzen musste und dies auch bewusst aktiv tat“, so Jauernig. Dies sei ein weiterer Grund, warum mit einem „besonderen Konfrontations-Potenzial“ zu rechnen sei, falls in Günzburg eine rechtsextreme Parteiveranstaltung abgehalten werden würde.

„Rechtsextrem“

Auch wenn die NPD in einem förmlichen Verfahren vom Bundesverfassungsgericht noch nicht als verfassungswidrig eingestuft worden sei, glaubt der Rathauschef, dass die Partei und das Verhalten ihrer Anhänger darauf ausgerichtet sei, die freiheitliche demokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland zu beeinträchtigen. Aussagen von verschiedenen Parteifunktionären würden dies vielfach belegen. Jauernig: „Wir wollen in Günzburg keine Veranstaltung einer rechtsextremen Partei, schon gar nicht vor dem Hintergrund der historischen Erfahrung, der sich die Stadt in den zurückliegenden Jahrzehnten aktiv stellte.“

Dem Vernehmen nach hat der Stadtrat im nichtöffentlichen Teil der jüngsten Stadtratssitzung diese ablehnende Haltung des OBs ausdrücklich begrüßt und einstimmig unterstützt. In der Zwischenzeit wurde dem Kreisvorsitzenden der NPD ein Schreiben des Rathauses zugestellt, aus dem hervorgeht, dass die Stadt Günzburg ihr Forum am Hofgarten für eine Veranstaltung der NPD nicht zur Verfügung stellen will. Jauernig zur GZ: „Eine Partei, deren Vertreter oft menschenverachtende Thesen verbreiten, Fremdenfeindlichkeit schüren und Einzelne sogar den Holocaust leugnen, hat in unserem Günzburg nichts zu suchen.“

Günzburger Zeitung 28.3.2007

http://www.augsburger-allgemeine.de/Home/Lokales/Guenzburg/Uebersicht/Artikel,%22Die-NPD-hat-hier-nichts-zu-suchen%22_arid,918020_regid,2_puid,2_pageid,4497.html

Anhang 3

Pressemitteilung der Stadt Augsburg

OB DR. PAUL WENGERT: WIDERSTAND GEGEN NAZIS UND RECHTSEXTREMES GEDANKENGUT IST AUFGABE ALLER GESELLSCHAFTLICHEN KRÄFTE

In der Diskussion in Folge des Nazi-Aufmarsches am vergangenen Wochenende verwehrt sich Augsburgs Oberbürgermeister Dr. Paul Wengert gegen Vorwürfe, die Stadtverwaltung habe einen Strategiewechsel vollzogen oder sei nicht entschieden genug gegen die Nazis vorgegangen. „Wir haben bisher nicht weggesehen, wenn Nazis durch Augsburg marschieren und werden das auch weiterhin nicht tun“, so Wengert. So habe der OB in der Vergangenheit die Aufrufe zu Gegenveranstaltungen etwa des Bündnisses für Augsburg jeweils persönlich unterstützt. „Es ist aber nicht Aufgabe der Stadtverwaltung, Gegendemonstrationen oder -kundgebungen zu organisieren – „das dürfen wir als Verwaltung gar nicht“. „Der Widerstand gegen Nazis und rechtsextremes Gedankengut ist Aufgabe aller gesellschaftlichen Kräfte“, so Wengert. Zu der Nazi-Demonstration am Wochenende habe es von keiner demokratischen Kraft einen Aufruf für eine Gegenveranstaltung gegeben. Die Stadt sei jedenfalls für Kritik die falsche Adresse.

Was die Genehmigung von Nazi-Demonstrationen angeht, so seien der Stadt die Hände gebunden. „So lange die NPD und rechtsextreme Gruppierungen nicht verboten sind, können sie wie alle anderen auch das im Grundrecht verbriefte Versammlungs- und Demonstrationsrecht in Anspruch nehmen“, so der OB. „Das ist zwar bedauerlich, kann von der Stadt aber nicht geändert werden.“ In der Vergangenheit habe die Stadt mehrmals versucht, Nazi-Demonstrationen nicht zu genehmigen oder massiv einzuschränken, sei aber jeweils vor dem Verwaltungsgericht gescheitert. „Wer im Nachklang der Demonstration vom Wochenende behauptet, die Stadt habe mehr erlaubt, als das gesetzlich unvermeidbare Maß, soll sich erst einmal mit der Rechtslage und der Rechtsprechung vertraut machen“, so Wengert.

In diesem Zusammenhang wiederholt der OB seine Forderung nach einem Verbot der NPD und aller rechtsextremer Gruppierungen „Es kann doch nicht angehen, dass Parteien und Gruppen, die eindeutig gegen unsere demokratische Grundordnung gerichtet sind, demokratische Grundrechte für ihre menschenverachtende Propaganda ausnutzen können“, so Wengert.

Der Oberbürgermeister dankt der Polizei für ihren Einsatz am vergangenen Wochenende: Auf die Anzahl der Einsatzkräfte hat die Stadt keinen Einfluss. Festzuhalten bleibt, dass gewährleistet wurde, dass es trotz Gegendemonstrationen von linken autonomen Gruppen zu keinen Ausschreitungen gekommen ist. Auch das sei Ausdruck einer wehrhaften Demokratie, die eben nicht wegsieht.

PM Stadt Augsburg 7.11.2007

Anhang 4

Bezugnehmend auf die Pressemitteilung der Stadt Augsburg

Offener Brief an den OB von zwei engagierten TeilnehmerInnen der Gegenaktionen

10. Nov. 2007

Herrn
Oberbürgermeister
Dr. Paul Wengert
86150 Augsburg

Offener Brief

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Wengert,

im Zusammenhang mit der siebenstündigen „Demonstration“ neonazistischer „freier Kräfte“, die am 3.11.2007 nach Augsburg angereist waren, erhielten Sie persönlich mehrere kritische Briefe, es gab dazu Zeitungsberichte, LeserInnenbriefe und überregionale Veröffentlichungen im Internet.

Wir möchten Ihre Pressemitteilung (PM Stadt Augsburg 7.11.2007) zum Anlass nehmen, uns ebenfalls in einem Offenen Brief an Sie zu wenden.

Das Konzept der Stadt Augsburg zum 3.11., wie damit umgegangen werden soll, wenn Rechtsextreme aus Bayern, Baden-Württemberg, Thüringen und Sachsen Augsburg inzwischen zum regelmäßigen

Aufmarschplatz für ihre antisemitische, fremdenfeindliche, rassistische und volksverhetzende Propaganda machen, ist zum Schaden der in Augsburg lebenden Menschen absolut fehlgeschlagen.

Von „wegschauen“ oder „rechts liegen lassen“ keine Spur. Da hätte man die Rechtsextremen schon in den Wald schicken müssen. Menschenleere Straßen waren an einem Samstag in Augsburg nicht möglich und keinesfalls zu erwarten.

Ganz im Gegenteil wurden vor allem die in Augsburg lebenden oder dort zu Besuch weilenden Menschen in ihren Bürgerinnen- und Bürgerrechten ganz unerträglich eingeschränkt. Hauptstraßen wurden in ihrer ganzen Breite für die Neonazis freigehalten (z.B. Prinzregentenstraße, Leonhardsberg), durften nicht einmal mehr überquert werden (Grottenau, Oberer Graben), sogar die Gegenfahrbahnen auf breiten Straßen durften nicht mehr benutzt werden (Leonhardsberg, Hermanstraße). Ganze Straßenzüge und parallel dazu verlaufende Straßen waren durch Polizeiketten der Bereitschaftspolizei und wild und wichtigtuertisch umherstürmende behelmte USKler abgeriegelt (Hallstraße, Katharinenstr., Gleisdreieck am Kö). Nicht einmal Frauen mit Kinderwagen oder der öffentliche Nahverkehr durfte passieren. Für die Neonazis wurden mehrere Kundgebungsplätze in der Innenstadt vorbereitet und stundenlang mit Sperrgittern und brutaler Polizeigewalt freigehalten (ehemaliges Gestapo-Hauptquartier am Prinzregentenplatz, Herkulesbrunnen, Königsplatz und Bahnhofsvorplatz in unmittelbarer Nähe der Synagoge). Und wehe, eine Anwohnerin oder ein Anwohner oder eine Kundin oder ein Kunde wagte es, da wo es nicht erwünscht war, auf dem Gehsteig zu gehen – ein polizeiliches Anrempeln, ein Stoß mit der behandschuhten Hand und ein barsches Angeschmisse brachte einen schnell wieder „zur Ordnung“.

Das Polizeikonzept während des städtischen Ausnahmezustandes war ein Skandal. Es zeichnete sich zwar durch eine hervorragende Fürsorge um das Wohl der angereisten Neonazis aus und bot den Rechten in Augsburg eine neue Heimat, war ansonsten aber keinesfalls durch BürgerInnennähe, sondern nur noch durch die Arroganz der Macht geprägt.

Wir sind 58 und 56 Jahre alt, und hatten – wie jedes Mal – zusammen mit Freundinnen und Freunden an den engagierten Gegenaktionen der mutigen, vorwiegend jungen Leute teilgenommen, die den Neofaschisten in Augsburg keinen Raum geben wollen. Dabei erlebten wir Polizeikräfte, die sich unter der Aufsicht der Einsatzleiter besonders die GegendemonstrantInnen zum Feindbild erkoren hatten. Sie schienen meist gegen uns aufgehetzt, waren unverschämt und verhöhnten uns ob unserer Wehrlosigkeit. Die Polizei trat am 3.11. brutal und gewalttätig auf und missachtete unsere Rechte als Bürgerinnen und Bürger, während sie den importierten Rechtsextremisten in ihrem Handeln sehr viel Verständnis und Nachsicht entgegenbrachte. War es das, wofür Sie in Ihrer Pressemitteilung der Polizei dankten?

Die „nationalen Kräfte“ unter ihrem Führer Herrn Wuttke berichteten sofort nach dem Naziaufmarsch im Internet über ihren großartigen nationalen Erfolg in Augsburg und stellten auf www.youtube.de (Demo Augsburg 3.11., „Gesocks aus Augsburg“) zwei Filme ins Netz, in denen sie johlend vor Freude gefilmt haben, wie ein Augsburger Gegendemonstrant am Herkulesbrunnen von Polizisten gepackt und rücksichtslos kopfüber über eines der willkürlich aufgestellten Sperrgitter geworfen wird, auch schwere Verletzungen problemlos in Kauf nehmend.

Wir selbst haben eine Vielzahl solcher Polizeibrutalitäten beobachten können, da wir uns häufig unmittelbar vor den Polizeiketten aufhielten. Auch wir wurden von den polizeilichen „Helden“ gepackt, angerempelt, getreten, auf den Bürgersteig hinauf geschubst, vom Bürgersteig herab geschubst und von nicht durch Nummern oder Namen gekennzeichneten und damit unidentifizierbaren PolizistInnen und USKlern verhöhnt, beleidigt, bedroht, fotografiert und abgefilmt.

Nur ein Beispiel: „Wenn Sie zu Ihrer Frau hingehen, dann werden Sie unter körperlicher Gewalt geräumt“. So schnauzte mich ein Bereitschaftspolizist aus Königsbrunn an, als ich am Königsplatz zu meiner nur 2 Meter von mir entfernten Frau gehen wollte. Da fragen wir uns schon, ob so ein Polizeibeamter noch richtig tickt, und wir halten es für es äußerst gefährlich, so jemanden im Polizeidienst herumlaufen zu lassen. Leider war dieses Verhalten am 3.11. jedoch kein Einzelfall.

Wenn Sie, Herr Oberbürgermeister, die Gegenaktionen besonnener und mutiger Leute in Ihrer Pressemitteilung vom 7.11. nur als „Gegendemonstration von linken autonomen Gruppen“ zu diffamieren versuchen, fallen Sie vielen Menschen, die sich gegen die faschistische Gewalt, die leider

wieder in der Bundesrepublik zum Alltag gehört, in den Rücken, und Sie verkennen, dass sich unter ihnen z. B. auch (wenige) Abgeordnete des bayerischen Landtags und Mitglieder des Augsburgers Stadtrats befanden. Was meinen Sie damit, wenn Sie Ihre PM vom 7.11. überschreiben: „OB Dr. Wengert: Widerstand gegen Nazis und rechtsextremes Gedankengut ist Aufgabe aller gesellschaftlichen Kräfte“?

Dass es zu der Nazidemonstration am 3.11. „von keiner demokratischen Kraft einen Aufruf für eine Gegenveranstaltung gegeben“ habe (PM Stadt Augsburg 7.11.2007) entspricht nicht den Tatsachen. Auf der Internetseite www.vvn-augsburg.de können Sie sich kundig machen.

Als wir zur Gegenkundgebung kamen, die an der Wertachbrücke in Oberhausen vom Antifaschistischen Aktionsbündnis Augsburg angemeldet war, trauten wir unseren Augen nicht: Alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Veranstaltung, darunter auch mindestens ein Mitglied Ihres Stadtrats, waren von einer Einsatzgruppe der Polizei in eine kleine, hinterhofartige Nebenstraße (Schöpplerstr.) rund um eine stinkende Kanalöffnung gepfercht worden. Durch Polizeigitter und Absperrbänder war der freie Zugang zu der Kundgebung abgesperrt und alle, die an dieser öffentlichen Veranstaltung teilnehmen wollten mussten martialische Polizeikontrollposten passieren, wo in besonderem Maß vor allem die jüngeren KundgebungsteilnehmerInnen von PolizistInnen abgefangen wurden. Ausweise mussten vorgezeigt werden, Rucksäcke wurden durchsucht, der Infotisch wurde durchwühlt und die Polizei gab sich alle Mühe mit Einschüchterungsversuchen und Staatsmachtgetue ordentlich Eindruck zu machen. Welcher Straftaten wurden wir denn verdächtigt, welche Rechtsgrundlagen gab es denn für diesen Wahnsinn? Vor und während der kleinen Kundgebung durften wir uns nicht einmal auf dem an dieser Stelle sehr breiten Gehsteig am Straßeneingang aufhalten, der immerhin Platz genug für mehrere dort abgestellte Polizeibusse, die Absperrrichtungen und die Polizeikontrollposten bot.

Ein etwa 15 Jahre alter, netter, friedlicher, aber nicht nach dem Geschmack eines leitenden Polizeibeamten gekleideter junger Mann (Zitat: „Mein Sohn dürfte so nicht aus dem Haus“) durfte trotz unserer Interventionen nicht an unserer Kundgebung teilnehmen. Sein „Verbrechen“: Er hatte (als 15-Jähriger) keinen Personalausweis dabei, aber immerhin seine Krankenversicherungskarte. Das reichte offensichtlich für die Teilnahme an einer antifaschistischen Kundgebung nicht aus. Trotz unserer eindringlichen Hinweise an die verantwortlichen PolizistInnen, dass so ein willkürliches und angstmachendes Verhalten pädagogisch völlig unsinnig ist, wurde der Junge in ein Polizeifahrzeug gezerrt und „zur Feststellung der Personalien“ mit einem Einsatzfahrzeug weggekartt. So macht man sich Freunde in Augsburg!

Die sich an der Wertachbrücke friedlich versammelnden Leute wurden nur bedrohlich und forsch behandelt und völlig grundlos, aber sehr vehement von den in Oberhausen wohnenden Menschen und den Passanten ferngehalten, die sie mit ihrer Kundgebung ansprechen wollten. Das war das Vorspiel zur fürsorglich betreuten Nazidemonstration, die am 3.11 stundenlang große Gebiete Augsburgs lahm legte.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, falls Sie den Brief überhaupt bis hierher durchgelesen haben, merken Sie sicher, dass es uns beim Schreiben immer schwerer gefallen ist, einen zwar kritischen aber sachlichen Ton beizubehalten. Das was sich am 3. November in Augsburg abgespielt hat, war ein Skandal, an dem Sie, Ihre Stadtverwaltung, Ihr Ordnungsreferent und die Polizeiführung einen gewichtigen Anteil hatten. Warum Sie im Gegensatz zu Ihrer unglücklichen Pressemitteilung nicht auf die Idee gekommen sind, für die gegen den erneuten Naziaufmarsch friedlich demonstrierenden und davon betroffenen Menschen Verständnis aufzubringen oder sich bei ihnen im Namen der Stadt Augsburg wenigstens im Nachhinein zu entschuldigen, bleibt uns unverständlich.

Der immer wieder von Politikerinnen und Politikern wiederholte Aufruf zur Zivilcourage und das Motto „Kein Fußbreit den Faschisten“ wurde am 3.11.2007 in Augsburg ad absurdum geführt.

Mit freundlichen Grüßen

M.M.

F.E.

Abdruck an Frau Bürgermeisterin Eva Leiprand
 Herrn Bürgermeister Klaus Kirchner